

leonore.gewessler@bmk.gv.at
 +43 1 711 62-658000
 Radetzkystraße 2, 1030 Wien
 Österreich

An den
 Präsident des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.773.087

22. Dezember 2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Rauch und weitere Abgeordnete haben am 4. November 2021 unter der **Nr. 8454/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Ab 2050 gibt es mehr Plastik im Ozean als Fische gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 12:

- *Ist Ihnen bekannt, dass es bei der aktuellen Entwicklung ab 2050 mehr Plastik im Ozean als Meeresfische geben wird?*
- *Wie wirkt sich diese Entwicklung auf Österreich aus?*
- *Inwiefern ist man sich in Ihrem Ressort des Problems bewusst?*
- *Planen Sie etwas dagegen zu unternehmen?*
- *Ist Ihnen die WWF-Studie bekannt, wonach 3.100 Milliarden Euro jährliche Kosten durch Plastik anfallen und Kunststoffe jährlich 1,8 Milliarden Tonnen Kohlendioxid verursachen?*
- *Haben Sie mit dem WWF Österreich diesbezüglich gesprochen?*
- *Wenn ja, wann?*
- *Wenn ja, mit wem genau?*
- *Wenn ja, was waren die konkreten Gesprächsinhalte?*
- *Wenn nein, wieso nicht?*
- *Wenn nein, werden Sie mit dem WWF Österreich Kontakt aufnehmen?*
- *Welche sonstigen Kooperationen, Verträge oÄ. Ihres Ressorts gibt es mit dem WWF?*

Die steigende Verschmutzung der Ozeane mit Plastik und Mikroplastik ist sehr besorgniserregend. Bis 2040 wird sich die Menge von Plastik in den Meeren fast verdreifachen, wenn nicht

gegengesteuert wird. Laut einer UN-Studie¹ stammen über 50 % des Plastiks in den Ozeanen aus nur fünf Ländern in Südostasien, da dort die Infrastruktur für Abfallmanagement nicht mit dem schnellen Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum Schritt halten kann.

Es ist mir selbstverständlich bekannt, dass Plastikmüll im Meer bzw. an den Stränden enorme Kosten verursachen kann, beispielsweise durch negative Auswirkungen auf die Fischerei oder den Tourismus. Ebenso ist evident, dass sich durch eine Anhebung der Recyclingquoten von Kunststoffabfällen Treibhausgase und Ressourcen einsparen lassen.

Es muss daher unser erklärtes Ziel sein, dass Plastikmüll nicht in der Umwelt und schlussendlich in den Meeren landet. Die Europäische Union – und damit auch Österreich – will dabei eine Vorreiterrolle einnehmen. Österreich kann mit seinem umfangreichen „Know-How“ im Bereich Abfallmanagement, seinen innovativen Technologien und nicht zuletzt mit ambitionierten Regulierungen, die Innovationen ankurbeln, ein gutes Beispiel sein.

Laut Studien sind 80 bis 85 % des Meeresmülls (gemessen anhand Müllzählungen an europäischen Stränden) Kunststoffe. Dabei handelt es sich zu 50 % um Einwegkunststoffartikel. Österreich nahm während der Verhandlungen zur EU-Einwegkunststoffrichtlinie (2018) eine tragende Rolle ein und beteiligt sich seither aktiv an den Arbeiten des für die Richtlinie zuständigen technischen Ausschusses auf EU-Ebene.

Plastikmüll, der unsachgemäß entsorgt wird und in die Umwelt gelangt, kann mit der Zeit unbeabsichtigt zu Mikroplastik zerfallen. Auf nationaler Ebene wird derzeit unter der Federführung des BMK ein Aktionsplan gegen Mikroplastik ausgearbeitet (ein Entwurf wird voraussichtlich bis Jahresende 2021 vorliegen).

Der Aktionsplan wird einen breiten Mix an Maßnahmen beinhalten. Österreichische Akteur:innen sollen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene aktive Beiträge leisten, um dazu beizutragen, die Plastik- und Mikroplastikverschmutzung einzudämmen. Ein Beispiel für Aktivitäten im internationalen Bereich sind die Arbeiten zur Ausarbeitung eines globalen Instruments gegen Meeresmüll und Mikroplastik im Rahmen der UNEA (siehe dazu auch meine Beantwortung zu den Fragen 13-14).

Das Ziel der Reduzierung von Plastik und Mikroplastik in der Umwelt kann nur gemeinsam, unter Einbeziehung aller relevanten Bereiche und Akteur:innen erreicht werden. Mein Ressort ist in regelmäßigem guten Kontakt mit allen Akteur:innen, die von Fragestellungen im Zusammenhang mit Plastik und Mikroplastik betroffen sind. Dazu zählen neben anderen Ministerien unter anderem Behörden, Wissenschaft, Wirtschaft, Kammern und selbstverständlich auch Nichtregierungsorganisationen (wie der WWF).

Zu den Fragen 13 bis 15:

- *Setzen Sie sich für ein globales, rechtlich bindendes Abkommen gegen die Plastik-Flut ein?*
- *Wenn ja, in welchen Foren?*
- *Wenn ja, wie soll dieses genau aussehen?*

Ja, ich setze mich für ein globales, rechtlich bindendes Instrument gegen Meeresmüll und Mikroplastik ein. Obwohl auf internationaler Ebene bereits vereinzelt Übereinkommen existierenden, die für die Eindämmung von Kunststoffabfällen und Mikroplastik Relevanz haben, beste-

¹ Marine_Plastic_Pollution.pdf (unep.org)

hen noch erhebliche Lücken. Synergien zwischen nationalen, regionalen und globalen Initiativen werden unzureichend genutzt. Das BMK arbeitet daher auf Expert:innenebene im Rahmen der UN (Vereinte Nationen) bereits seit mehreren Jahren an der Ausarbeitung von Empfehlungen für Maßnahmen gegen Meeresmüll und Mikroplastik aktiv mit.

Ich unterstützte zudem die Einrichtung eines zwischenstaatlichen Verhandlungsausschusses zur Ausarbeitung eines globalen Instruments gegen Meeresmüll im Rahmen der UNEA (United Nations Environment Assembly) im Februar 2022 und habe 2021 eine diesbezügliche Ministererklärung mitgetragen. In einem solchen Abkommen müssen – im Sinne einer nachhaltigen Produktpolitik und einer wirksamen Kreislaufwirtschaft – alle Stadien des Lebenszyklus von Kunststoffen, angefangen von der Produktion über die Verwendung bis hin zur sachgemäßen Entsorgung und Recycling miteinbezogen werden. Nur so kann auch die Entstehung von Mikroplastik effizient eingedämmt werden. Synergien mit bereits existierenden Instrumenten sind dabei zu berücksichtigen.

Zu Frage 16:

- *Wie hoch wird die Reduktion an Plastik- und Aluverbrauch durch die Einführung von Mehrweg-Angeboten und eines flächendeckenden Pfandsystems für Einweg-Plastikflaschen und Getränkedosen sein?*

Die Reduktion an Kunststoff- und Aluminiumverbrauch durch die Einführung von Mehrweg-Angeboten hängt davon ab, welche Einweggebinde (aus Kunststoff, Aluminium, Glas oder Getränkeverbundkarton) in welchem Ausmaß substituiert werden. Relevant ist daher auch das Konsumverhalten. Ein Pfandsystem für Einweggetränkegebinde aus Kunststoff und Metall führt nicht unmittelbar zu einer Reduktion dieser Gebindearten. Durch ein Pfand erfolgt aber gewissermaßen eine Gleichstellung mit Mehrweggebinden und – wie zahlreiche Beispiele aus anderen Ländern belegen – eine deutliche Erhöhung des Rücklaufs und eine Verbesserung der Qualität der Sammelware. Damit wird hochwertiges Recyclat erzeugt werden, das die Primärrohstoffe Kunststoff und Aluminium reduziert.

Leonore Gewessler, BA

